



Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Hessen



Wiesbaden, den 21.01.2008

Reaktion auf die gemeinsame Erklärung der Polizeipräsidenten

Na endlich melden sich auch mal die Behördenleiter zu Wort. Die für die Sicherheit ihrer Städte verantwortlichen Polizeichefs erklären gemeinsam und öffentlich ihre tiefe Besorgnis und Betroffenheit über die ihrer Ansicht nach parteipolitischen Äußerungen von Funktionären der GdP. Das dürfen sie, tief besorgt und betroffen sein, das ist ihr gutes Recht.

Aber ich wundere mich schon ein wenig.

Zum einen, dass sie der Meinung sind, Gewerkschaftsfunktionäre benötigen ein Mandat, um sich zu äußern.

Und zum anderen wundert mich, dass die tief besorgten und betroffenen Präsidenten diese gemeinsam öffentlich erklärte tiefe Besorgnis und Betroffenheit bei vielen anderen Gelegenheiten bisher vermissen ließen.

Zum Beispiel, als ihnen eine stattliche Anzahl von Stellen im Vollzug und im Tarifbereich gestrichen wurde.

Seinerzeit waren sie auch nicht tief besorgt und betroffen über den Zustand unseres Fuhrparks.

Keine gemeinsame präsidiale Intervention sondern eine öffentlichkeitswirksame Aktion der GdP führte dazu, dass Herr Bouffier unverzüglich gehandelt hat (Respekt!) und neue Fahrzeuge – auch für seine nunmehr tief besorgten und betroffenen Präsidenten – besorgte.

Soweit ich weiß, haben sie sich auch noch nicht tief besorgt und betroffen über die große Anzahl von Überstunden der Beamtinnen und Beamten gezeigt.

Und weder tiefe, noch nicht mal flache oder irgendeine andere Art von Besorgnis und Betroffenheit äußerten sie, als ihre Beamtinnen und Beamten vom Minister als „Krawallmacher“ bezeichnet wurden. Immerhin, mich hatte es damals sehr betroffen gemacht, dass ein Minister öffentlich Bürger beschimpft, die ein Grundrecht wahrnehmen.

Über all das und vieles mehr wurde bisher keinerlei gemeinsam öffentlich erklärte präsidiale tiefe Besorgnis und Betroffenheit geäußert.

Also darf ich mich doch wundern. Oder brauche ich dafür auch ein Mandat?

Und was ist mit den Herren Präsidenten? Brauchen die ein Mandat, wenn sie sich parteipolitisch äußern? Enthält diese gemeinsame öffentliche Erklärung parteipolitische Inhalte? Das werden sie bestreiten, gleichwohl kann niemand ernsthaft behaupten, eine derartige Erklärung sei völlig unpolitisch - die multipräsidentiale Weisheit, sozusagen.

Dass sich Polizeipräsidenten in Wahlkampfzeiten derart in der Öffentlichkeit äußern, ist ein Novum.

Und die Veröffentlichung dieser Erklärung im Internet und Intranet der Hessischen Polizei erscheint zumindest bedenklich. Niemand stellt in Frage, wenn sich dort ein Präsident mit dienstlichem Bezug an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wendet. Eine derartige Erklärung jedoch hat in den zur politischen Neutralität verpflichteten öffentlichen und internen Internetauftritten der Hessischen Polizei nichts zu suchen.

Heute Morgen sagte ein Kollege: Was wundert ihr euch überhaupt noch? Ich meine, wir sollten uns weiter wundern, und diese Verwunderung deutlich machen, denn auch tief besorgte und betroffene Präsidenten können sich irren: Die hoch qualifizierten Ergebnisse meiner Arbeit hat noch kein GdP-Vertreter jemals schlecht geredet!

Wer den Verantwortlichen der GdP „parteipolitische Äußerungen“ vorwirft und eigene Äußerungen offensichtlich als politisch neutral betrachtet, der sollte seinen eigenen Ansprüchen auch gerecht werden.

Den Austritt aus der Gewerkschaft kann man per Fax erklären. Vielleicht auch vorab telefonisch. Eine Information regionaler oder überörtlicher Medien, deren Berichterstattung man im Innenministerium sicherlich interessiert beobachtet hat, schreibt die Satzung nicht vor.

Allerdings kann sie es auch nicht verbieten – was aus parteipolitischer Sicht durchaus positiv erscheint.

**W. Koschalka
KG Werra-Meißner**